

CORONAVIRUS: Weitere Lockerungen im Südwesten / Kontaktbeschränkungen werden verlängert

Wissenschaft: Nach Bericht über Studie von Drosten

Mannheimer distanziert sich

Mannheim. Die „BILD“-Zeitung hat am Montag über eine angeblich „grob falsche“ Studie von Christian Drosten, dem Leiter der Virologie in der Berliner Charité, berichtet. Von der Zeitung als Zeugen herangezogene Wissenschaftler distanzieren sich daraufhin von der Berichterstattung. Es geht dabei um eine Analyse von Ende April, in der Drosten und sein Team zu dem Ergebnis gekommen waren, Kinder könnten in Bezug auf das Coronavirus genauso ansteckend sein wie Erwachsene. Der Autor des „BILD“-Artikels schreibt, dass Drosten mit seiner Studie „komplett daneben“ liege.

Im Text werden Christoph Rothe von der Uni Mannheim sowie weitere Wissenschaftler mit Kritik an der Studie zitiert. Der Mannheimer Statistikprofessor Rothe, so steht es im „BILD“-Artikel, schreibt, dass in der Studie verwendeten Methoden „schwach“ seien. Die Sache ist: Im „BILD“-Bericht handelt es sich um Zitattafeln von Forschern ohne jeglichen Zusammenhang. Rothe schrieb Montagabend auf Twitter, dass niemand von „BILD“ mit ihm gesprochen habe: „Ich distanziere mich ausdrücklich von dieser Art der Berichterstattung.“

„Völlig üblicher Vorgang“

Auf Anfrage dieser Redaktion teilt er noch mit: „Die aktuelle ‚BILD‘-Berichterstattung skandalisiert einen in der Wissenschaft völlig üblichen Vorgang, nämlich dass Forscher Preprint-Studien konstruktiv kommentieren. Der Austausch und die gegenseitige Kritik sind dabei gerade erwünscht und auch wichtig, damit gute Wissenschaft entstehen kann.“ Was ihn betreffe, so zitiert er „BILD“-einen von mehreren Tweets, in denen er versucht habe, verschiedene Fachaufsätze zu den in der Studie von Christian Drosten verwendeten statistischen Methoden für Leser zu kommentieren und einzuordnen. „Ich habe die Studie weder als ‚komplett daneben‘ noch als ‚grob falsch‘ bezeichnet.“ *mica*



Der Mannheimer Statistiker Rothe sieht die Situation anders als „BILD“. BILD: DPA

Bundesregierung

Reisewarnung soll aufgehoben werden

Berlin. Die Bundesregierung will den Weg frei machen für grenzüberschreitenden Urlaub in Europa. Die weltweite Reisewarnung für Touristen soll ab dem 15. Juni für 31 europäische Staaten aufgehoben werden, wenn die weitere Entwicklung der Pandemie es zulässt. Nachdem Außenminister Heiko Maas (SPD) Gespräche mit europäischen Nachbarstaaten und wichtigen Reiseländern der Deutschen aufgenommen hat, soll die Reisewarnung durch individuelle Reisehinweise ersetzt werden, die für jedes einzelne Land die Risiken zeigen sollen. Konkret betrifft das Reisen in die Mitgliedstaaten der EU, in Schengen-assoziierte Staaten und in das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland soweit es die Entwicklung erlaubt, heißt es in einem Eckpunktpapier. *dpa*



Kinder werden laut einer Studie der baden-württembergischen Universitätskliniken nicht nur seltener krank, sondern sind wohl auch seltener infiziert als Erwachsene. BILD: DPA

Studie: Südwesten will Kitas bis Ende Juni vollständig öffnen / Kinder sind laut Kretschmann keine Treiber des Infektionsgeschehens

„Nur eine untergeordnete Rolle“

Von Miray Caliskan und Michael Schwarz

Stuttgart/Heidelberg. Auf diese Nachricht haben Eltern seit Wochen gewartet: Die Kindertagesstätten sowie die Tagespflege in Baden-Württemberg sollen bis Ende Juni wieder vollständig öffnen. Das erklärten Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) und Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) am Dienstag in Stuttgart. Hintergrund der Entscheidung sind erste Ergebnisse einer Studie von Unikliniken in Baden-Württemberg, aus der hervorgeht, dass Kinder bei der Verbreitung des Coronavirus eine untergeordnete Rolle spielen.

„Mit diesen Schritten bieten wir Familien mit kleineren Kindern eine echte Perspektive“, sagte Eisenmann. Als nächsten Schritt wolle sie gemeinsam mit den Kommunen und den Trägerverbänden, die für die Kitas und deren Personalausstattung zuständig sind, einen Rechtsrahmen erarbeiten.

Nach den Studienergebnissen zum Coronavirus würden Kinder nicht nur seltener krank, sondern seien wohl auch seltener infiziert als Erwachsene. „Es kann ausgeschlossen werden, dass Kinder Treiber des Infektionsgeschehens sind“, sagte Kretschmann. Daher habe die Landesregierung beschlossen, ein Konzept für die weitere Öffnung der Grundschulen zu entwickeln und Kitas bis Ende Juni zu öffnen.

Seit dem 18. Mai ist wegen der Corona-Pandemie im Südwesten zu-

nächst der eingeschränkte Regelbetrieb möglich, den maximal 50 Prozent der Kinder gleichzeitig nutzen dürfen. An den Grundschulen werden aktuell nur die Schüler der vierten Klasse unterrichtet. Weil viele Lehrer und Erzieher zur Risikogruppe zählen, müsse die vollständige Öffnung der Kitas und Grundschulen gründlich vorbereitet werden, so Eisenmann – Lehrer und Erzieher sollen regelmäßig auf das Virus getestet werden.

Finale Auswertung steht aus

Die Federführung für die Kinderstudie lag beim Zentrum für Infektionskrankheiten und beim Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin des Universitätsklinikums Heidelberg. Beteiligt waren auch die Unikliniken in Freiburg, Tübingen und Ulm. Etwa 5000 Menschen, die keine Symptome hatten, wurden demnach auf das Virus und auf Antikörper getestet, darunter 2500 Kinder unter zehn Jahren und je ein Elternteil. So fiel auf, dass das Ausbreitungsrisiko bei Kindern in Notbetreuung nicht erhöht zu sein schien im Vergleich zu den Jungen und Mädchen, die zu Hause betreut wurden. Außerdem hätten nur bis zu zwei Prozent der einst Erkrankten Antikörper gebildet. „Das sind viel geringere Zahlen als beispielsweise in der Heinsberg-Studie“, sagte Kretschmann.

Ein Forscher-Team hatte in Gangel im Kreis Heinsberg 919 Einwohner in 405 Haushalten befragt und Corona-Tests vorgenommen. In

Positives Echo

Die angekündigte Öffnung der Kitas stieß auf ein positives Echo: Die **Chefin des Städtetags**, Gudrun Heublum, sagte, die Kita-Träger täten alles dafür, die schnelle Öffnung zu ermöglichen. Limitierende Faktoren seien aber der **Raumbedarf**, um für mehr Abstand zu sorgen, und das **verfügbare Personal**. Es müsse über die Gewinnung zusätzlicher Betreuungskräfte gesprochen werden.

Verdi-Landeschef Martin Gross warnte, dass der **Gesundheitsschutz** nicht wegen des großen Zeitdrucks vernachlässigt werden dürfe.

Auch die **Oppositionsfractionen AfD, SPD und FDP** begrüßten die Entscheidung. Sie hatten Eisenmann vergangene Woche **Chaos und Versäumnisse** vorgeworfen. *dpa*

dem Ort hatten sich nach einer Karnevalsitzung viele Bürger mit Covid-19 infiziert. Die Gemeinde gilt daher als Epizentrum des Virus.

Die finale Auswertung der baden-württembergischen Studie steht noch aus, teilte das Heidelberger Uniklinikum mit. „Im Einvernehmen und abgesprochen mit der Wissenschaft“ habe der Ministerpräsident aufgrund der „besonderen Belastung von Eltern und Kindern“ die Uniklinik gebeten, ihm erste belastbare Zwischenergebnisse mitzuteilen. In ein bis zwei Wochen sollen die Endergebnisse vorliegen.

Auch Christian Drosten veröffentlichte vor einigen Wochen eine Studie zur Rolle der Kinder bei der Übertragung des Virus. Der Chef-Virologe der Berliner Charité und sein Team hatten in Proben von 3712 Infizierten die Menge an Sars-CoV-2-Viren bestimmt. Das Ergebnis: Im Wesentlichen gebe es keine nachweisbaren Unterschiede in der Virulast der verschiedenen Altersgruppen. Bei der Beurteilung der Ansteckungsgefahr für Kinder müssten die gleichen Annahmen wie für Erwachsene zugrunde gelegt werden. Drosten wies gleichzeitig darauf hin, dass Untersuchungen zu Übertragungen von und durch Kinder direkt wegen der Schließungen gar nicht möglich seien. Sie könnten nur indirekte Hinweise geben.

Wie hoch das Ansteckungsrisiko für verschiedene Altersgruppen ist, haben wiederum Forscher in China analysiert. Ihre Studie legt nahe, dass Kinder nur ein Drittel so anfällig sind, sich zu infizieren, wie Erwachsene zwischen 15 und 64 Jahren. „Gleichzeitig muss man aber auch sagen: Kinder haben vielleicht in der gleichen Altersgruppe, in der Kita und in der Schule, mindestens dreimal so intensiven Kontakt“, ordnete Drosten diese Ergebnisse im Corona-Podcast des NDR ein. „Das Kindertema ist im Moment ein offener Bereich, wo uns Daten fehlen und wo die wenigen und zum Teil wenig soliden Daten, die vorhanden sind, von unterschiedlichen Wissenschaftlern leicht unterschiedlich interpretiert werden.“ *(mit dpa)*

IN KÜRZE

Militärparade im Juni

Moskau. Kremlchef Wladimir Putin hat ungeachtet hoher Corona-Infektionszahlen für den 24. Juni die große Militärparade zum 75. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Hitler angeordnet. Er wies am Dienstag Verteidigungsminister Sergej Schoigu an, mit der Organisation des Großereignisses unter scharfen Sicherheitsvorkehrungen zu beginnen. Die Parade am Tag des Sieges am 9. Mai war abgesagt worden wegen der Corona-Krise. Nun sagte Putin, dass der Höhepunkt der Epidemie überschritten sei. Er hatte mehrfach betont, dass die Parade nachgeholt werde. *dpa*

Steigende Fallzahlen in Leer

Leer. Die Ansteckungskette unter Besuchern eines Restaurants in Ostfriesland hat bislang zu 27 nachgewiesenen Infektionen mit dem Coronavirus geführt. Fünf neue Fälle seien am Dienstag dazugekommen, teilte der Landkreis Leer mit. Den Erkenntnissen nach zählen 23 Infizierte zu der geschlossenen Gesellschaft, die sich am 15. Mai in dem Restaurant in Moorland getroffen hatte. Die Zahl der Menschen in Quarantäne sei seit Montag von 133 auf 154 gestiegen. *dpa*

Staatssekretär tritt zurück

London. Aus Protest gegen das Verhalten des britischen Regierungsberaters Dominic Cummings in der Corona-Krise ist Staatssekretär Douglas Ross zurückgetreten. Cummings Interpretation der Ausgangsbeschränkungen „können die meisten Menschen, die die Regeln der Regierung befolgen, nicht nachvollziehen“, schrieb Ross am Dienstag an Premierminister Boris Johnson. In Johnsons Konservativer Partei hatte es schon zuvor scharfe Kritik an Cummings gegeben. Britische Kommentatoren schließen weitere Rücktritte nicht aus. *dpa*

Kritik an Hydroxychloroquin

Paris. Frankreichs Hoher Rat für öffentliche Gesundheit hat sich gegen eine Behandlung von Covid-19-Erkrankten mit dem Malaria-Arznei Hydroxychloroquin ausgesprochen. Eine Arbeitsgruppe sei zu dem Schluss gekommen, dass es keine ausreichend robusten klinischen Studie gibt, die die Wirksamkeit von Hydroxychloroquin bei Covid-19 unabhängig von der Schwere der Infektion belegte, teilte der Rat für Gesundheit am Dienstag mit. *dpa*

Staatstrauer in Spanien

Madrid. Mit einer ungewöhnlich langen, zehntägigen Staatstrauer wird Spanien der gut 27 000 Todesopfer der Pandemie im Corona-Hotspot gedenken. Die Trauer werde am Mittwoch um 12 Uhr mit einer Schweigeminute im ganzen Land beginnen, teilte die linke Regierung am Dienstag mit. Ministerpräsident Pedro Sánchez werde der Zeremonie im Regierungssitz Palacio de la Moncloa in Madrid vorstehen, sagte Regierungssprecherin María Jesús Montero. *dpa*

Kontaktbeschränkungen: Thüringen hält sich Sonderweg offen / Andere Bundesländer könnten bei strengeren Regeln bleiben

Maximal zehn Personen dürfen sich treffen

Berlin. Die Kontaktbeschränkungen wegen der Coronavirus-Pandemie werden bis zum 29. Juni verlängert. Darauf haben sich Bund und Länder verständigt, wie das Bundespresident in Berlin am Dienstagabend mitteilte. Ab dem 6. Juni können die Länder danach Lockerungen gestatten – etwa, dass sich künftig maximal zehn Menschen oder Angehörige zweier Haushalte in der Öffentlichkeit treffen dürfen. Thüringen hält sich aber einen Sonderweg für weitestgehende Lockerungen offen, andere Länder wollen dagegen eventuell bei strengeren Vorgaben bleiben.

Verabredet wurde der Kompromiss von den Staatskanzleien der Länder und dem Kanzleramt. Stundlange Beratungen am Montag

waren zunächst ergebnislos geblieben. Bund und Länder empfehlen weiterhin, die Zahl der Menschen, zu denen man Kontakt hat, möglichst gering und den Kreis möglichst konstant zu halten.

Auch bei privaten Zusammenkünften zu Hause in geschlossenen Räumen sollen die Hygiene- und Abstandsregeln beachtet werden, hieß es. Die Zahl der Personen sollte der Größe der Räume entsprechen „und für ausreichend Belüftung gesorgt werden“. Wo die Möglichkeit bestehe, sollten private Zusammenkünfte im Freien erfolgen, wegen des erheblich geringeren Infektionsrisikos. „In jedem Falle soll die Nachvollziehbarkeit der Teilnehmer gewährleistet sein“, hieß es. Die Um-



Touristen spazieren an der Ostsee in Mecklenburg-Vorpommern. BILD: DPA

setzung der Maßnahmen liegt wie bisher bei den Ländern. Auch strengere Beschränkungen sind möglich, „wo die regionale Dynamik im Infektionsgeschehen dies erfordert“.

Dem Beschluss liegt nach der Mitteilung die Einschätzung zugrunde, dass die Zahl der Corona-Neuinfektionen in Deutschland auch einen Monat nach Beginn der Lockerungsmaßnahmen auf niedrigem Niveau ist. Dieser Erfolg beruhe wesentlich darauf, dass in allen relevanten Bereichen Abstands- und Hygieneregeln umgesetzt und eingehalten worden sind, stellen Bund und Länder fest. „Dafür allen Bürgerinnen und Bürgern, die dies möglich gemacht haben und die diese Regeln konsequent einhalten, ein

herzlicher Dank.“ In der Protokollklärung des Freistaats Thüringen heißt es unter anderem, man behalte sich vor, abweichende Regelungen für den Aufenthalt im öffentlichen Raum zu beschließen, sofern dies das Infektionsgeschehen zulasse.

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hatte erklärt, staatliche Verordnungen seien Noteingriffe, die nur berechtigt seien, wenn das Infektionsgeschehen das erfordere. Aus Regierungskreisen in Erfurt hieß es zudem, auch andere Bundesländer hätten abweichende Regelungen angekündigt, auch restriktivere. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hatte dagegen gewarnt: „Wer glaubt, Corona verschwindet langsam, ist im besten Falle naiv.“ *dpa*